Nummer 111. — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den Unterh. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Todtzyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, den 16. Mai 1928
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 69 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Offertengeb. 20 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Arthur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pillnitzer Straße 17. Fernruf 20012. Postscheckkonto Dresden 5701. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Altstadt 1, Pillnitzer Straße 17. Fernruf 20711 und 20012.

Die Sache mit Wulfmeyer

Diese Ueberschrift ist nicht der Titel eines neuen, großen Romans oder der anlockende Name eines Riesenfilmes, wie sie vor ihrem Erscheinen wochenlang von Plakatsäulen und Mauerflächen, aus dem Anzeigenteil der Tageszeitungen und illustrierten Blätter knallig bunt und auffordernd uns Zeitgenossen anschreien. Um Familie Wulfmeyer rankt sich kein literarisches Efeu, um Familie Wulfmeyer bangt kein Filmdetektiv, müht sich kein Dichter, keine Diva; diese Familie ist kein Traumprodukt, sie lebt leibhaftig, besteht aus Vater, Mutter, Sohn und Tochter. Sie ist in der vergangenen Woche in die Annalen deutscher Parlamentsgeschichte eingezogen; alle Zeitungen haben von ihr berichtet, und wenn wir als 30. der 31 Wahlvorschläge zur Reichstagswahl die „Partei für Rechts- und Mieterschutz" finden, so müssen wir wissen: das ist die Liste der Familie Wulfmeyer, der die bestehenden Parteien und Gruppen nicht genügten und die daher einen „eigenen Laden" aufmachte. Niemand konnte diesen Unsinn verhindern, den die geltenden Wahlbestimmungen erlauben. Für die vor der Tür stehende Wahl ließ sich das absurd gewordene deutsche Wahlrecht angeblich nicht mehr ändern. Das Zentrum hatte den Anstoß gegeben, fand aber keine Gefolgschaft, und so müssen wir zum 20. Mai die Tatsache der 31 Wahlvorschläge hinnehmen!

Mehr Parteien, als Deutschland während des Krieges Feinde hatte, marschieren im Kampf um den nächsten Reichstag auf, hoffen auf Sieg und Mandate; mit nur zwei Listen weniger als das Reich wartet Preußen auf, das 29 Landesvorschläge zählt. Fast harmlos wirkt dagegen Oldenburg, wo „nur" 19 Parteien von sich behaupten, die einzig wahre und gute zu sein. Uebertroffen werden an politischem Unverstand und eigenbrötlerischem Klüngel Städte und Dörfer, wo man es schon erlebt hat, daß die kommunale Vertretung nach den partikularistischsten Gesichtspunkten etwa der Vereinszugehörigkeit oder Sportfreund- und Gegnerschaft zusammengesetzt wurde. Den Vogel schießen die Reichstagswahlen ab, auf deren Ergebnis die ganze Welt mit Spannung wartet, aus denen sie ein Selbsturteil des wählenden Volkes über die deutsche Politik und die Stellung Deutschlands zur Weltpolitik liest. Und da sollte sich der lachenden Mitwelt die Groteske bieten, daß Herr Wulfmeyer senior und junior, Frau und Fräulein Wulfmeyer in die parlamentarische Vertretung des Deutschen Reiches einziehen, daß diese gewiß ehrenwerte Familie Richtlinien für deutsche Völkerbundsarbeit gibt, Handelsverträge begutachtet, die Reichswehr berät, die Not der Landwirtschaft und der Erwerbslosen lindert, das neue Strafrecht schafft und das Schulgesetz zustande bringt?

Offiziell und formell gibt es unter den 31 Vorschlägen zur Reichstagswahl — die von 33 eingereichten Listen nach ernstlicher Prüfung gebilligt werden mußten — nur eine Wulfmeyer-Liste. Geht man aber die stattliche Reihe in Muße durch, guckt man hinter hochtrabende Namen und Bezeichnungen, prüft man auf Leistung und Erfolgsaussicht, so muß man feststellen, daß nahezu jeder zweite Wahlvorschlag das Gesicht und die Seele einer Wulfmeyeriade hat. Es sind die zahllosen Splitterparteien, Gruppen und Grüppchen, wie wir sie bereits aus den verschiedenen Landtagswahlen des vergangenen Jahres kennen, Gebilde des Ehrgeizes und der egoistischen Ziele einzelner Männer, die robust genug sind, die persönlichen Nöte und Wünsche einzelner Stände und Volksteile für ihre Ambitionen mobil zu machen, die zur Unfruchtbarkeit verurteilten Schöpfungen von Eigenbrötlern und Nörglern, die nichts bedeuten als Ballast und Verwirrung der politischen Arbeit und Erschwerung des parlamentarischen Schaffens.

Diese Splitterparteien geben vor, daß die wirtschaftlichen Belange bestimmter Volksteile bei den politischen Parteien nicht genügend gewahrt seien, daß die politischen Parteien in dieser Beziehung versagt hätten, daß deshalb an ihre Stelle ständische Organisationen zu treten hätten, die allein berufen und befähigt seien, dem Volke Glück, Zufriedenheit, Wohlfahrt zu bescheren. Mit bombastischen Programmen und Versprechungen, die billig sind wie Fallobst im Herbst, ist man durch die Lande gezogen und hat zeit- und stellenweise beträchtliche Stimmenzahlen für diese und jene Splitterpartei gewonnen, bis bei letzthin vorgenommenen Wahlen in einzelnen Landesteilen — u. a. in Hamburg —, dem gutgläubigen Wähler ein gewaltiges Licht aufging, das die Sondergruppen hinwegschmelzen ließ wie verspäteten Schnee in Maientagen. Aber diese Mißerfolge schrecken die Splitterparteien nicht ab, im Gegenteil, je mehr sich in den Wählermassen die Erkenntnis von der Ueberflüssigkeit und Unfähigkeit dieser Grüppchen Bahn bricht, um so lauter rühren sie die Trommel, um so voller blasen sie die Backen auf. Ja, wenn es nach der Größe und der Schönheit ihrer Versprechungen ginge, dann säßen im künftigen Reichstag lauter Wulfmeyerleute, dann gäbe es Wohnungen in Hülle und Fülle, Goldstücke für alte Tausendmarkscheine, Kartoffeln so dick wie Kinderköpfe, ein Paradies auf Erden. Ja, wenn . . .!

Haben denn nun wirklich diese Splittergruppen, die sich fast alle um materielle Interessen sammeln, irgendwie Berechtigung, den großen politischen Parteien Vernachlässigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten vorzuwerfen? Wir fordern alle Wulfmeyergruppen, mögen sie sich nun Wirtschafts-, Aufwertungs-, Volksrechts-, Mieterschutzpartei oder sonstwie nennen, auf, den Nachweis zu erbringen, daß etwa die Zentrumspartei irgendwie die berechtigten Interessen dieses oder jenes Volksteiles vernachlässigt oder vergessen habe. Man hat die Zentrumspartei ein Parlament im Parlament genannt, weil sie sich aus allen Bevölkerungsschichten zusammensetzt, weil sie eine Partei der Mitte, des Ausgleichs ist, die für alle Platz hat, die sowohl den Arbeiter der niedrigsten Lohnklasse wie den vermögenden Industriellen, den Großgrundbesitzer wie den kleinen Pächter, den Handwerker wie den Fabrikanten erfaßt, die wie kaum eine andere die Solidarität sämtlicher Berufsstände darstellt, die in der Sorge für alle Schichten aufgegangen ist. Die Zentrumspartei kann die Taten für sich sprechen lassen, die sie in neunjähriger verantwortungsbewußter Arbeit für das ganze Volk verrichtet hat, für den Mittelstand und den Bauern und den Arbeiter. In der Zentrumspartei ist Organisation, d. h. bewußte Einheit aus bewußten Teilen, Zusammenarbeit und Erfolg für des ganzen Volkes und damit jedes einzelnen Wohlfahrt. Hier gilt noch das große Gebot der Nächstenliebe, welches Verständnis für die Nöte und Sorgen auch des anderen Standes, in den der einzelne nicht hineingeboren oder hineingewachsen ist, fordert. — Wenn man so schon aus einer politischen Anschauungsweise, die sich in ihren Grundsätzen, Voraussetzungen und Zielen nicht in rein materiellen Dingen erschöpft, zur Ablehnung dieser Splitterparteien kommen muß, so sollte allen denjenigen, für die Erwägungen der Zweckmäßigkeit ausschlaggebend sind, schon ihr eigener Vorteil verbieten, ihre wertvolle Stimme solchen von vornherein aussichtslosen Gruppen zu geben.

Die Leute, die erkannt zu haben glauben, daß die politischen Parteien unfähig sind, finden sich naturgemäß nicht in einer Gruppe zusammen. Der eine hat diese, der andere jene Wünsche, und heraus kommt hierbei jene lange Liste der Wulfmeyer, die sich selbst ad absurdum führt. Da ist zunächst die Wirtschaftspartei, die im verflossenen Reichstag bereits mit einer Reihe von Abgeordneten

Erwachen die Gewissen?

Das Echo der deutschen Protestkundgebungen gegen den mexikanischen Kulturkampf

Beredtes Schweigen

Das Echo der Berliner Protestversammlung gegen die Katholikenverfolgung in Mexiko ist für die Katholiken ungemein lehrreich. Bekanntlich hatten sich am Montag, den 7. Mai im großen Saalbau Friedrichshain unter gewaltigem Andrang, Tausende zusammengefunden, so daß der Saal bereits nach Beginn polizeilich geschlossen werden mußte. Drei Bischöfe waren zugegen, darunter der mexikanische Erzbischof von Durango. Als Hauptredner war der bekannte Kenner der Verfolgung, Jesuitenpater Mariaux, geworden worden, der, wie wir berichteten, in klar gegliedertem Aufbau alle seine Ausführungen mit einwandfreien Zeugnissen belegte. Es kommt hinzu, daß der mexikanische Erzbischof die Berichte, die P. Mariaux angeführt hatte, auch seinerseits ausdrücklich bestätigte.

Man hätte nun wahrhaftig annehmen sollen, daß dieser am Sitz der Reichsregierung erschallenden Stimme der Katholiken auch das entsprechende Echo in der großen nichtkatholischen Oeffentlichkeit zuteil geworden wäre. Hatte man doch u. a. die gesamte Presse Berlins, gleichviel welcher Schattierung, zu der Versammlung geladen. — Was war tatsächlich der Erfolg? Alles in allem: Wir Katholiken stehen wieder einmal vollständig allein! Viele Blätter behielten ihre seit langem beliebte Taktik bei: Sie schwiegen! — auch eine Antwort! Andere berichteten, aber in ganz ungenügender Weise. Die Voss. Ztg. und die Deutsche Allg. Ztg. taten das Ganze mit ein paar Zeilen ab. Die Tgl. Rundschau faßte sich zu einem Bericht von etwa 12 Zeilen auf und kritisierte den Vortrag des P. Mariaux mit ein paar haltlosen Bemerkungen. Der „Vorwärts" stellte wieder einmal einen Rekord an Gehässigkeit auf. Nicht nur, daß er dem Protestredner Demagogie und Lügen vorwirft, — ohne wohlgemerkt auch nur eine seiner Behauptungen entkräften zu können, — das Blatt versteigt sich unter der Ueberschrift: „Mittelalter im Saalbau Friedrichshain" zu Sätzen wie folgt: „. . . Hysterisch aufgeregter Beifall eines kleinen Teiles (!) der Versammlung begrüßte jeden der geistlichen Herren, die ihre Oberen auf dem Podium knieend begrüßten und dann am Vorstandstisch Platz nahmen. Unter ihnen, in roter Robe, Erzbischof Gonzales von Durango in Mexiko: gemessen an der gesundheitstrotzenden Leibesfülle seiner Berliner Kollegen konnte die schmächtige Gestalt des Mexikaners mit dem bleichen Indianergesicht schon ein wenig wie die eines Märtyrers wirken. . ."

Man möchte sich unwillkürlich fragen: Sind diese Sätze vielleicht aus einem Calles-Organ ausgeschrieben? Aber nein, das Blatt erscheint in Berlin! Nun, die Katholiken werden sich diese Sätze merken. Es wird sich schon herausstellen, daß wir bei uns doch noch nicht ganz soweit sind wie — in Mexiko.

Eine Stimme aus Genf

Die gewaltigen Protestkundgebungen der deutschen Katholiken gegen die Verfolgungen der katholischen Kirche in Mexiko scheinen im neutralen Auslande allmählich ihre Wirkung zu tun. So bringt neuerdings unter dem Titel „Das mexikanische Drama" das „Journal de Genève" vom 10. Mai einen sehr bemerkenswerten Artikel, der, von einigen Komplimenten Calles gegenüber abgesehen, festgehalten zu werden verdient. Dem Artikel kommt umso größere Bedeutung zu, als er am Tagungsort des Völkerbundes erscheint und von allen politischen Kreisen Genfs gelesen wird. Man kann daher mit guter Berechtigung sagen, daß in dem internationalen Genf das Schweigen gebrochen worden ist, wenn auch die Mentalität der großen Weltblätter immer noch nicht ihre so „demokratische Haltung für Menschenrechte und persönliche Gewissensfreiheit" aufzugeben Veranlassung nimmt.

Hatte schon kürzlich die freisinnige „Neue Zürcher Zeitung" mit bemerkenswertem Freimut erklärt, man könnte zu Calles stehen, wie man will: auf alle Fälle sei es unerhört, daß Calles katholische Priester z. B. zum Heiraten zwingen wolle, wenn er persönliche Gelübde untersage, so wird das „Journal de Genève" noch etwas deutlicher. Es schreibt unter anderem:

„Präsident Calles leugnet es nicht; seine Regierung wütet mit äußerster Strenge gegen die Priester und Gläubigen, die sich seinen Befehlen nicht unterwerfen. Nach seinen Worten sind 50 Priester durch die Waffen umgekommen. Aber nach anderen Quellen ist eine viel größere Zahl umgekommen. Hier wird ein Vater mit seinen drei Kindern zum Tode verurteilt, weil er sich geweigert hat, an der Zerstörung der monumentalen Christus-Statue durch die Regierungstruppen teilzunehmen, die sich auf dem Berge Cubilete mitten in den mexikanischen Staaten erhebt. Dort wird eine Frau mit 33 Gefährtinnen ins Gefängnis geworfen, weil sie die hl. Messe in ihrer Wohnung hat abhalten lassen. Ueberall Blut und Tod. Alle Leidenschaften sind entfesselt. Rache und Repressalien sind an der Tagesordnung."

Nachdem der Artikel sodann von der mexikanischen Verfassung und den angeblichen Verdiensten Calles gesprochen hat, fährt der Artikel weiter fort:

„Kein Christ, mag er der römischen Kirche angehören oder nicht, könnte letzten Endes gleichgültig bleiben, wenn er vernimmt, daß so viele Morde begangen worden sind, daß so viele Menschenleben geopfert wurden. Es interessiert heute nicht, ob der Klerus mit seinen Vorrechten Mißbrauch getrieben hat oder nicht: Hunderte von Gläubigen, von Unschuldigen fallen für ihren Glauben als Martyrer. **Martyrer zu schaffen, bedeutet aber für einen Staat nicht nur eine Untergrabung der moralischen, sondern auch der materiellen Lage.** Die Geschichte beweist es auf allen ihren Blättern. Mexiko will in der Weltpolitik immer eine bedeutendere Rolle spielen. Das ist sein gutes Recht, ja sogar seine Pflicht . . . Aber sein Werk wird vergeblich sein, wenn es nicht durch die Prinzipien der Menschlichkeit unterstützt wird, wenn die Hände, die es vollführen, mit Blut befleckt sind."

Wenn auch in dem Artikel einige kleine Schiefheiten enthalten sind, so darf die katholische Welt doch mit Genugtuung diese Stime des protestantisch-konservativ-demokratischen Genfer Blattes begrüßen und zwar um so mehr, als der Verfasser mit viel Mut hier vor allem der starken Genfer Freimaurerei mittelbar Wahrheiten zu kosten gibt, die möglicherweise zu einer Intervention bei der Zeitung führen können. Wir werden abzuwarten haben, ob der Kampf gegen die Freimaurerei, der in Genf sehr heftig geführt wird, zu einem Erfolge führt.

Der katholische „Courier de Genève" nimmt die große Protestkundgebung der Berliner Katholiken zum Anlaß, überall zu Protesten aufzurufen und spendet begeistertes Lob der Haltung der deutschen Katholiken, das Nacheiferung verdiene, um die gesamte europäische Oeffentlichkeit aufzuklären. Bei der Betrachtung der oben zitierten Aeußerung des „Journal de Genève" spricht er die Vermutung aus, daß Calles sich durch die Proteste nicht beeinflussen lassen werde. „Ein derartiger Mensch", so schreibt er „weicht nur der Gewalt. Daher müßten die europäischen Kanzleien mit Energie intervenieren. Aber leider, seitdem es sich nicht mehr um Petroleum handelt . . . .!"